

Antrag
des Abgeordneten Drabiniok und der Fraktion DIE GRÜNEN

Zwölf autofreie Sonntage im Jahr

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

ein gesetzliches Fahrverbot an zwölf Sonntagen eines jeden Jahres für alle motorisierten Individualverkehrsmittel zu erlassen. Ausnahmeregelungen werden analog der Sonntagsfahrverbote 1973 gehandhabt.

Bonn, den 18. Januar 1985

Drabiniok
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Im November/Dezember 1973 wurden als Reaktion auf die sogenannte Energiekrise in der Bundesrepublik Deutschland autofreie Samstage eingeführt.

Die katastrophale ökologische Krise unseres Waldes birgt mit allen seinen Folgeschäden ein wesentlich höheres Gefahrenpotential für unsere Volkswirtschaft, sowie die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen. Die Bekämpfung der Luftvergiftung als Ursache für das Waldsterben und zunehmend Erkrankungen der Atemwege in den Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine Vielzahl von einzelnen Gegenmaßnahmen.

Von entscheidender Bedeutung sind hierbei kurzfristige Entlastung bewirkende Sofortmaßnahmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen und Fahrverbote.

Durch zwölf autofreie Sonntage sind laut Umweltbundesamt folgende positive Effekte zu erwarten:

Neben der drastischen Senkung der Lärmbelastung werden folgende negative Begleiterscheinungen des Autoverkehrs reduziert:

3 288 t SO₂ weniger
11 472 t NO_x weniger
259 020 t CO weniger
26 556 t HC weniger
826 t Staub weniger
13 080 Verkehrsunfälle weniger
624 Verkehrstote weniger
6 816 Schwerverletzte weniger
12 912 Leichtverletzte weniger
10 020 Sachschäden und 1 000 DM weniger Sachkosten
819 996 t Kraftstoffverbrauch weniger.

Die autofreien Sonntage 1973 fanden in der Bevölkerung breite Zustimmung. Meinungsumfragen haben seinerzeit ergeben, daß rund 60 bis 70 % der Bevölkerung autofreie Sonntag „ziemlich“ bis „sehr sympatisch“ fanden.

Nicht zuletzt wird das Erleben von autofreien Sonntagen die gesellschaftliche Einstellung zum umweltfeindlichen Auto mitverändern und eine verstärkte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bewirken.